

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
(79. - öffentliche - Sitzung am 26. September 2016)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5929](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und kam überein, jene Organisationen um schriftliche Stellungnahmen bis zum 24. Oktober 2016 zu bitten, die im Rahmen der Verbändebeteiligung gegenüber der Landesregierung Rückmeldungen zur Entwurfsfassung des Gesetzentwurfs übersandt hatten.

2. **Anpassung der Dümmer und Steinhuder Meer-Verordnung (DStMVO) an die aktuellen touristischen und wirtschaftlichen Belange**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5823](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und lehnte in diesem Zuge den Antrag der Oppositionsfraktionen ab, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.

3. **Fischerei in Niedersachsen retten - Kormoranverordnung weiterführen**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5117](#)

Die Koalitionsfraktionen brachten einen Änderungsvorschlag (Vorlage 1) als Tischvorlage ein. Auf dieser Grundlage schloss der Ausschuss die Beratung ab und empfahl dem Landtag einstimmig, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags zuzüglich einer Ergänzung anzunehmen.

4. **Klarheit, Wahrheit, Transparenz: Landesregierung muss „Seveso-Verdacht“ im Fall Ritterhude gutachterlich untersuchen lassen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4713](#)

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung (Vorlage 2) sowie eine ergänzende mündliche Unterrichtung durch Vertreter des MU und des MS entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Deichsicherheit und Bestandsschutz in Einklang bringen - Existenzrecht historischer Dörfer anerkennen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4669](#)

Die Koalitionsfraktionen brachten einen Änderungsvorschlag (Vorlage 21) als Tischvorlage ein. Auf dieser Grundlage setzte der Ausschuss die Beratung fort.

6. **Naturnutzung ermöglichen, Angelverbote vermeiden - Natura 2000 praxisgerecht umsetzen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6397](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in der nächsten Sitzung mündlich zu unterrichten. Auf dieser Grundlage soll über die Durchführung einer Anhörung entschieden werden.